

**Rede von Bürgermeisterin Maria Unger
bei der Kundgebung „Aufstehen gegen Rechts“,
Samstag, 16.09.2006, 13 Uhr, ZOB**

Es gilt das
gesprochene
Wort !

Meine Herren und Damen,

„Aufstehen *gegen* Rechts - Gütersloh *für* Toleranz und Zivilcourage“: Unter dieses Motto stellen wir unsere Aktionen heute hier in der Stadt gegen den Marsch der Neonazis. Viele haben an den Vorbereitungstreffen des „Runden Tisches“ teilgenommen, den ich einberufen habe, und sie alle haben, genauso wie im vergangenen März, deutlich gemacht, dass sie ohne Zögern und Zaudern dabei sind, wenn es gilt, demokratisch Flagge zu zeigen *für unsere Stadt!* Dafür bin ich sehr dankbar.

Sie sind heute alle hier, und deshalb begrüße ich

- die Mitglieder der demokratischen Parteien in unserer Stadt, die Vertreter der Ratsfraktionen, die Repräsentanten der kirchlichen Gemeinden und Organisationen, die Vertreter der ausländischen und deutschen Vereine und Verbände und aller anderen Gruppen, die das Anliegen des „Bündnisses für Toleranz und Zivilcourage“ zu ihrer Sache gemacht haben;
- die Teilnehmer aus den Schulen, aus Sozial- und Jugendverbänden, den Friedensinitiativen, die Mitglieder der Gewerkschaften und alle ausländischen Mitbürger;
- alle Bürgern und Bürgerinnen, die gemeinsam ein Zeichen gegen Rechtsextremismus, gegen Ausländerhass und verlogene Parolen setzen wollen!

Wir leben in Gütersloh aufgeschlossen mit- und füreinander und gut nachbarschaftlich zusammen. Das ist keine hohle Phrase, nein, das ist täglich gelebte Realität in einer menschenfreundlichen, offenen Stadt in einem freien, demokratischen Land.

Natürlich gibt es auch hier Probleme, und es wäre ganz falsch, davor die Augen zu verschließen – aber die kann man lösen, und das packen wir an, so wie zivilisierte Menschen das untereinander tun: im Dialog miteinander, in der Bereitschaft, aufeinander zuzugehen und in der festen Überzeugung, dass jeder Gutwillige seinen Platz in unserer Gemeinschaft hat.

Arbeitslosigkeit und der Engpass auf dem Ausbildungsmarkt, die Auswirkungen des demographischen Wandels, die Veränderungen unserer Gesellschaft, die weniger, älter und bunter wird – das alles sind Fragen, die sich nicht im Hauruck-Verfahren von verblendeten Extremisten lösen lassen, sondern das sind Aufgaben, die mit Herz und Verstand angefasst werden müssen, damit der soziale Kitt bei uns nicht verloren geht. Und dafür stehen die demokratischen Parteien und die Verwaltungen und Verbände in Bund, Ländern und Gemeinden.

Rechtsextremes Gedankengut, das diffamiert und ausgrenzt, importierte Demonstrationzüge einiger weniger, die unbelehrbar sind,

dumpfe Stimmungsmache mit heuchlerischen Parolen, ohne Rücksicht auf den Wahrheitsgehalt der zweifelhaften Botschaften,

das hat noch kein einziges Problem gelöst – in keinem Landtag, in keinem Kommunalparlament, in dem rechtsextreme Gruppierungen sitzen – und deshalb wollen wir das nicht und brauchen es nicht!

Wenn ich in dieser Woche in den Zeitungen lese, dass die Zustimmung zur Demokratie in manchen Teilen Deutschlands tendenziell abnimmt, dann macht mich das sehr besorgt. Wir können doch unmöglich vergessen haben, welchen Preis unser Land unter der NS-Diktatur gezahlt hat, welche bis heute unfassbaren Verbrechen im Namen des Größenwahns begangen worden sind und wie schwer wir nach der Katastrophe zweier Weltkriege im vergangenen Jahrhundert zu einer freiheitlichen Verfassung gefunden haben, die rassistische, fremdenfeindliche, politisch extreme Tendenzen ausschließt und uns allen ein Leben in Selbstbestimmung und Freiheit ermöglicht und garantiert. Es ist nötig, sich daran zu erinnern, damit uns im Bewusstsein bleibt, dass Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich sind, sondern immer wieder neu gelebt und verdient werden müssen.

Daran müssen wir arbeiten, und das müssen wir vor allem unseren Kindern und Jugendlichen überzeugend klar machen. Sie haben ein Recht auf Zukunft, und sie müssen starke, selbstständig und verantwortlich denkende und handelnde Persönlichkeiten werden, dann sind sie umso weniger anfällig für Verführer aus dem extremen Lager, die immer von „Kameradschaft“ reden und doch nur Unterordnung und blinden Gehorsam meinen. Es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass unsere jungen Menschen Geborgenheit und Hilfe jederzeit bei *denen* finden, die es wirklich gut mit ihnen meinen, und nicht bei falschen „Freunden“, die sie ausnutzen und für ihre Zwecke instrumentalisieren.

Das ist eine Aufgabe für alle – für Elternhäuser und Schulen ebenso wie für kirchliche und öffentliche Einrichtungen. Deshalb freue ich mich sehr darüber, dass aus den Beratungen am „Runden Tisch“ nicht nur Aktionen für den heutigen Tag, sondern auch ganz konkrete Vorschläge und Pläne für nachhaltige Information und Aufklärung entstanden sind. Es wird, gerade in den Schulen, schon sehr viel getan, aber ich glaube, wir müssen da noch zulegen, damit die kleine Gruppe der Verführer einfach keinen Nährboden für ihre Lügen mehr findet.

Meine Herren und Damen, viele Personen und Institutionen tragen die Veranstaltungen des heutigen Tages mit. Dafür bin ich sehr dankbar, ganz besonders denen, die mit einem Rede- oder Programmbeitrag oder mit einem Infostand aktiv mitwirken. Auch die Mitarbeiter des Rathauses machen mit einer Plakataktion deutlich, was sie von den neonazistischen Umtrieben halten. Wir alle müssen wache, aktive Demokraten sein, aber wir geben keinen Anlass zur Provokation und dürfen uns nicht zu unüberlegten Aktionen hinreißen lassen. Das ist wichtig für den Erfolg dieses Tages.

Wir wissen, dass die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in unserem Rechtsstaat ein hohes und zu schützendes Gut ist. Es ist schwer erträglich, wie es an dieser Stelle ausgenutzt wird, aber wir müssen anerkennen, dass das Recht unteilbar ist und für alle gilt. Umso wichtiger ist es, dass wir hier im wahrsten Sinn des Wortes „zusammen stehen“, um deutlich zu machen, dass wir uns entschieden gegen Krawall, Gewalt und Pöbelei wenden und auf keinen Fall hinnehmen, dass neonazistisches und anderes extreme Gedankengut hier bei uns (wieder) Fuß fassen kann.

Ich danke allen, die diese Veranstaltung vorbereitet haben, vor allem der IG Metall und der IG Metall-Jugend. Ein ganz besonderer Dank gilt auch unserer Polizei für die gute Zusammenarbeit und den vielen Ordnungskräften, die ihre Freizeit opfern, um für einen geregelten Ablauf zu sorgen.

Ich wünsche uns allen einen friedlichen, störungsfreien Verlauf des Tages.

Und dann hoffe ich, dass wir in Zukunft von der sogenannten „Kameradschaft Gütersloh“ verschont bleiben – sie hat hier bei uns keine Chance – Ende der Durchsage!